

Interview

Buy, don't build

[14.07.2025] GovTechs gehören ins Zentrum der Staatsmodernisierung, sagt Andreas Michel. Im Kommune21-Interview nennt der Geschäftsführer und Mitgründer von Locaboo, jetzt Ayunis, die Gründe dafür.

Herr Michel, die Digitalisierung der Verwaltung kommt nur langsam voran. Warum erleben wir aus Ihrer Sicht seit Jahren Stillstand statt Fortschritt?

Weil wir Digitalisierung immer noch wie ein Großprojekt Anfang der 2000er-Jahre behandeln: lang, schwerfällig, überreguliert. Es fehlt nicht an Ideen – es fehlt an Umsetzung. Statt moderne, skalierbare Lösungen einzukaufen, werden Eigenentwicklungen beauftragt, die Jahre dauern und oft nie produktiv gehen. Start-ups bleiben außen vor, obwohl sie einsatzfertige Tools liefern könnten. So verpufft das Potenzial. Hinzu kommt: Prozesse sind häufig nicht durchgängig digital, Schnittstellen fehlen, Zuständigkeiten verlaufen sich im bürokratischen Dschungel. Und was am Ende rauskommt, sind PDF-Formulare auf schicken Portalen – keine echte Digitalisierung.

Ist das Digital- und Staatsmodernisierungsministerium aus Ihrer Sicht ein echter Neustart – oder nur Symbolpolitik?

Das Ministerium ist ein überfälliger Schritt – aber kein Selbstläufer. Entscheidend ist, ob es echte Handlungsmacht bekommt oder zum Koordinationsbüro verkommt. Wenn Beschaffungsregeln, föderale Blockaden und Eigenentwicklungsdogmen nicht angetastet werden, bleibt es Symbolpolitik. Ein echtes Digitalministerium müsste Standards setzen, Schnittstellen definieren, Datenschutzrahmen modernisieren – und vor allem dezentrale Innovation ermöglichen. Sonst landen wir wieder bei zentral entwickelten Mammutprojekten, die nicht in der Praxis ankommen.

Sie kritisieren, dass der Koalitionsvertrag einen zentralen Hebel übersieht: Welche Rolle sollten GovTechs bei der Staatsmodernisierung spielen?

GovTechs gehören ins Zentrum der Staatsmodernisierung – nicht auf Panels, sondern in Vergabeverfahren. Wir sind keine Ideengeber, sondern Lösungsanbieter. Mit praxiserprobten, sofort einsetzbaren Produkten. Wenn man die Verwaltung zukunftsfähig machen will, braucht es Start-ups als Partner – nicht als Zaungäste. Ich plädiere für eine Stabsstelle im Digitalministerium, die explizit GovTechs und kleinere Unternehmen vertritt. Und zwar nicht als Showelement, sondern mit echter Mitsprache – bei Förderprogrammen, Plattformdesigns und Schnittstellenstandards.

Einer Ihrer Haupt-Appelle lautet Buy, don't build. Warum ist das für die öffentliche Hand so schwer umzusetzen?

Weil alte Denkmuster dominieren. Man glaubt, jede Kommune sei einzigartig und brauche Speziallösungen. Das Ergebnis: teure Einzelentwicklungen, langsame Projekte, kaum Skalierung. Dabei gibt es längst funktionierende Lösungen am Markt – wie bei uns mit Locaboo in über 600 Städten. Kaufen ist schneller, günstiger und sicherer. Außerdem scheuen viele Entscheider die Verantwortung. Wenn etwas schief läuft, sagen sie lieber: 'SAP hat es gebaut' statt 'Wir haben ein Start-up beauftragt'. Dieses Sicherheitsdenken blockiert echte Innovation.

„Es fehlt nicht an Ideen – es fehlt an Umsetzung.“

Sie fordern offenere Schnittstellen und ein Ende monopolistischer IT-Strukturen. Was sind konkrete Beispiele, wo das heute noch blockiert wird?

In vielen Fällen gibt es keine offenen Programmierschnittstellen, keine einheitlichen Standards, keine interoperablen Datenstrukturen. Öffentliche IT-Dienstleister schotten sich ab, vergeben Aufträge inhouse und verhindern Wettbewerb. Manche Städte schreiben vor, dass externe Anbieter nur über kommunale IT-Töchter integriert werden dürfen. Oder sie setzen auf 'Marktplätze', bei denen private Anbieter nicht listen dürfen. Das zementiert Abhängigkeiten – und verhindert Vielfalt.

Warum sehen Sie staatliche Eigenentwicklungen und die Open-Source-Fixierung so kritisch?

Weil beides oft als Dogma statt als Werkzeug betrachtet wird. Open Source kann sinnvoll sein – aber nicht, wenn es Innovationen von außen verdrängt. Und staatliche Eigenentwicklungen führen oft zu langen Entwicklungszeiten, höheren Risiken und geringerer Nutzerzentrierung. Wenn die Wartung bei der Kommune liegt, Bugs nicht schnell behoben werden, oder die Haftung unklar ist, hilft auch die beste Quelloffenheit nichts. Stattdessen sollten wir marktreife Lösungen nutzen, unabhängig von der Lizenzform. Am besten ist es, den Wettbewerb zu fördern.

Welche Erfahrungen haben Sie mit Ihrem Start-up bei der Zusammenarbeit mit Kommunen gemacht – was läuft gut, was scheitert systematisch?

Gut läuft die Zusammenarbeit mit Verwaltungen, die pragmatisch denken und schnell umsetzen wollen. Dort sehen wir, wie Prozesse in Wochen statt Jahren digitalisiert werden. Was systematisch scheitert: komplexe Ausschreibungen, redundante Datenschutzprüfungen in jeder Kommune, und die Angst, Neues zu wagen – oft blockiert durch überregulierte Strukturen. Viel zu oft fehlt klare Entscheidungskompetenz. Trotzdem erleben wir mehr Mut und Pragmatismus als noch vor wenigen Jahren.

Angesichts des kommunalen Haushaltsdefizits: Wie können GovTechs helfen, Effizienz und Wirkung in der Verwaltung zu steigern?

GovTechs liefern sofort einsetzbare Lösungen, die Verwaltungsprozesse automatisieren und Mitarbeitende entlasten – ohne Millionenbudgets. Unsere Software beispielsweise spart Kommunen Zeit, reduziert manuelle Arbeit und macht Ressourcenplanung effizienter – jeden Tag, in über 600 Städten. Der Schlüssel ist Wiederverwendbarkeit: Was in Stadt A funktioniert, kann Stadt B direkt adaptieren. Das senkt Kosten und beschleunigt Abläufe – ohne externe Beratungen oder teure Individualentwicklungen.

Die Personalnot in der Verwaltung ist massiv. Können digitale Tools fehlende Köpfe wirklich ersetzen oder zumindest kompensieren?

Sie müssen. Denn neue Köpfe kommen nicht im nötigen Tempo nach. Digitale Tools ersetzen keine Menschen, aber sie nehmen ihnen Routinetätigkeiten ab – von Antragsprüfungen bis zur Ressourcenverwaltung. Unsere Plattform automatisiert bis zu 80% der Prozessschritte in der Raum- und Veranstaltungsverwaltung. Das spart Zeit, reduziert Fehler und schafft Freiräume. Ohne Automatisierung wird der Fachkräftemangel zum Funktionsverlust.

Wenn Sie der neuen Bundesregierung eine einzige, sofort umsetzbare Maßnahme zur Verwaltungsmodernisierung empfehlen könnten, welche wäre das?

Eine Beweislastumkehr im Vergaberecht: Wenn es eine marktreife, skalierbare Lösung gibt, darf keine Individualsoftware beauftragt werden. Heute ist es genau umgekehrt – wer Standardsoftware einsetzen will, muss aufwendig belegen, warum. Und fast noch wichtiger: GovTech-Start-ups sollten mit am Tisch sitzen, nicht nur große Beratungsunternehmen. Wer digitale Verwaltung ernst meint, muss sie mit denen gestalten, die heute schon Lösungen liefern.

()

Weitere Informationen über die Lösungen von Ayunis

Stichwörter: Unternehmen, Ayunis, künstliche Intelligenz (KI), Locaboo